



## Im Fadenkreuz Der öffentlich-rechtliche Rundfunk



Eingangs möchten wir Sie auf zwei sehr interessante Sendungen über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland hinweisen. Zapp, das Medienmagazin des NDR, beschäftigt sich in seiner aktuellen Ausgabe mit der Zukunft von ARD und ZDF.

<https://www.ardmediathek.de/video/zapp/der-auftrag-die-zukunft-von-ard-zdf/ndr-fernsehen/Y3JpZDovL25kci5kZS9hYmQwMzI4Yy01OTc0LTlRMDktOWM2OC05YjJmFmNWVhM2Y/>

Panorama ist 60 Jahre alt geworden. Die von **Anja Reschke** moderierte aktuelle Sendung, blickt zurück und nach vorn.

<https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2021/60-Jahre-Panorama-Noch-lange-nicht-genug,panorama-sechzig110.html>

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk steht unter Beschuss. Die BBC, die als Mutter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gilt, wird von bestimmten Kreisen, zu denen auch Premierminister **Boris Johnson** gehört, in Frage gestellt. Schon 2019 machte sich Johnson Gedanken über die Finanzierung des Senders. Aufgeflammt ist die Diskussion erneut, als sich jetzt herausstellte, dass bei dem berühmten Interview mit **Lady Diana** aus dem Jahre 1995 der Journalist gefälschte Dokumente benutzt haben soll. Der Vorwurf ist schwerwiegend und wird nicht dadurch schwächer, dass der Umgang mit der Wahrheit bei vielen privaten Rundfunkanbietern auch nicht gerade erstklassig ist. Der Unterschied ist, dass die Privaten ihre Sender selbst, wie auch immer und von wem auch immer finanzieren, während der öffentlich-rechtliche Rundfunk von den Menschen im Land direkt bezahlt wird. Natürlich finanzieren diese Menschen durch ihr Konsumverhalten auch die privaten Anbieter. In

jedem gekauften Artikel sind die Werbekosten eingepreist, was niemand zu stören scheint. Wenn man aber extra und direkt etwas bezahlen soll, dann ist die Aufregung groß.

In Deutschland zahlt jeder Haushalt 17,50 Euro monatlich an Rundfunkgebühren. Die Kritik besteht darin, dass jeder diesen Beitrag zahlen muss, auch wenn er weder Radio noch Fernseher nutzt.

Den Beitrag legen die Sender nicht selbst fest. Dafür gibt es die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF). Jedes Bundesland entsendet einen Vertreter in dieses Gremium, das aus 15 Männern und einer Frau besteht. Es prüft die gewünschten Zahlen der Anstalten und gibt eine Empfehlung ab, denn die einzelnen Bundesländer müssen letztlich über eine Gebührenerhöhung beschließen. Um 86 Cent, auf 18,36 Euro, sollte der Beitrag erhöht werden, scheiterte aber an ein paar CDU-Abgeordneten aus Sachsen-Anhalt. Nun wollen die Länder vor dem Bundesverfassungsgericht klagen. Denn, es gibt Staatsverträge zwischen den Ländern und den Anstalten, die ihre Aufgaben beschreiben und die Existenz sichern sollen. Dazu gehört zweifelsohne eine ausreichende Finanzierung.

Nach den schlimmen Erfahrungen des Propaganda-Staatsfunks in der NS-Zeit, waren es nach dem Krieg vor allem die Alliierten, die auf einen unabhängigen, öffentlich-rechtlichen Rundfunk drangen. Auf das, was nach dem Krieg in Deutschland an freiem Rundfunk entstanden ist, können wir stolz sein. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist eine der tragenden Säulen unserer Demokratie.

Wie unabhängig ist aber unser öffentlich-rechtlicher Rundfunk? Er ist abhängig von den Beschlüssen der Länderparlamente. Wer das Geld hat, hat die Macht. Natürlich sind die Sender inhaltlich unabhängig, aber immer wieder kommt es vor, dass die Politik über die Gremien der Anstalten massiv Einfluss auf Personalentscheidungen nimmt. Wir erinnern uns an den Fall des ZDF-Chefredakteurs **Nikolaus Brender** aus dem Jahre 2009. Weil er dem damaligen hessischen Ministerpräsidenten **Roland Koch** nicht zusagte, sorgten seine CDU-Mitglieder im Verwaltungsrat des Senders dafür, dass Brenders Vertrag nicht verlängert wurde. Unverhohlen hat die Politik einen unliebsamen Journalisten regelrecht abgeschossen.

Viele Personalentscheidungen sind politisch motiviert. Beim früheren Sender Freies Berlin war das SPD-Parteibuch hilfreich, wenn man Intendant werden wollte. In Bayern sollte man sich gut mit der CSU vertragen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist also



alles andere als unabhängig von der Politik. Dennoch hat sich ein Programm entwickelt, das sich in seiner Qualität und Vielschichtigkeit sehen lassen kann.

Vor allem was die Nachrichtenformate anbelangt, genießen die öffentlich-rechtlichen Sender eine hohe Glaubwürdigkeit. Einer Studie aus dem Jahre 2020 zufolge schreiben demnach 81 Prozent der Befragten erneut öffentlich-rechtlichen Radiosendern eine hohe Glaubwürdigkeit zu. Die Informationen in öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern schätzen 79 Prozent als glaubwürdig ein. Alle Angaben zu der Studie unter:

<https://www1.wdr.de/unternehmen/der-wdr/unternehmen/studie-deutsche-medien-glaubwuerdig-106.html>

Unabhängig davon, ob die Anstalten demnächst höhere Gebühren erhalten, wird derzeit überall der Rotstift angesetzt. Mit der Frage, wo gespart werden könnte, beschäftigten sich die Sender derzeit von früh bis spät. Schlaue Vorschläge aus der Politik lassen da nicht lange auf sich warten. So zum Beispiel, dass man ARD und ZDF zusammenlegen könnte.

An den Sendeinhalten, gerade, wenn es um die politische Berichterstattung geht, haben sich immer schon gewisse Politiker mehr gestört als die Zuschauer. Zwar haben wir ein Parlament, das die Regierung kontrollieren soll, aber die wirklichen Schweinereien wurden stets nicht von Parlamentariern, sondern Journalisten entdeckt. Der selbstherrliche Umgang von Politikern mit Journalisten, die heikle Fragen stellen, war nicht nur bei **Helmut Kohl** deutlich mitzuerleben, sondern auch heute noch bei vielen anderen. Die ARD mit ihren derzeit neun Landesprogrammen war etlichen Politikern von Anfang an ein Graus. **Franz-Josef Strauß** wettete über Panorama und **Gerhard Stoltenberg**, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, kündigte sogar den Staatsvertrag des NDR, weil ihm das Programm nicht passte.

Die Gründung des ZDF 1963 geht auf den Versuch des Bundeskanzlers **Konrad Adenauer** zurück, der einen Sender schaffen wollte, der direkt dem Bund untersteht. Sozusagen als Gegenpol zum „Rotfunk“ ARD. Das gelang nicht, weil Rundfunk Ländersache ist. Dennoch gründeten die Länder das ZDF als eine zentrale Fernsehanstalt. Aus heutiger Sicht ist es gut, dass wir zwei öffentlich-rechtliche Anstalten in Deutschland haben. Auch im gemeinnützigen Bereich belebt Konkurrenz das Geschäft. Es ist gut, um 19:00 Uhr „heute“ und um 20:00 Uhr die „tageschau“ sehen zu können, und dazwischen die Landes-Programme mit ihren Magazinen. Es ist auch

gut, dass es *zdfInfo* und *zdfNeo* gibt, *One* und *tageschau24*. Bei den Gemeinschaftssendern wie *KiKa* und *Phoenix* zeigen ARD und ZDF, welche Möglichkeiten der Zusammenarbeit es geben kann. Auch *arte*, der deutsch-französische Sender oder *3Sat* mit Österreich und der Schweiz, sind gute Kooperationsprojekte.

Bei der Frage, wo man Geld sparen könnte, kommt von uns Konsumenten zuerst das NoGo Programm. Bevor dort der Rotstift regiert, sollte man sich in den Verwaltungen umsehen. Nicht allein die Intendanten kosten viel Geld. Sie erhalten zwischen 245.000 und 395.000 Euro jährlich. Auch der Unterbau mit Chefredakteuren und Direktoren wird fürstlich entlohnt.

Die Intendanten wollen offenbar, dass der Zuschauer merkt, dass gespart werden muss, weil die Politik nicht die Gebühren erhöht. Dass man ausgerechnet bei dem einzigen medienkritischen Magazin „zapp“ ansetzt, das auch immer wieder über Vorgänge in der ARD berichtet, ist bezeichnend.

Auch wenn es nur vergleichsweise kleine Beträge sind, aber Radio Bremen dem NRD anzugliedern und den Saarländischen Rundfunk dem Südwestrundfunk, ist überfällig. Dass sich ARD und ZDF bei den Morgen- und Mittagsmagazinen wöchentlich abwechseln, ist loblich. Sicherlich gibt es noch andere Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Das Korrespondentennetz von ARD und ZDF ist wichtig. Warum kann man sich nicht wenigstens auf gemeinsame Studios im Ausland verständigen. Auch das würde Geld sparen.

Doppelübertragungen von royalen Ereignissen sind nun wirklich unnötig. Man muss nicht sowohl in der ARD als auch im ZDF an den Beisetzungsfestlichkeiten von Prinz Philip teilnehmen. Bundestagsdebatten gehören in das Programm von *Phoenix*. Es ist nicht erforderlich, dass parallel auch noch Übertragungen in den Hauptprogrammen stattfinden.

Beim Fußball klappt es doch gut. Einen Tag überträgt die ARD die Spiele, am anderen Tag das ZDF. Es gäbe viele Möglichkeiten, Geld zu sparen, ohne dass das Programm darunter leiden muss. Es gibt keine Erbpachthöfe. Vielleicht gelingt es unter dem Druck des Sparzwangs ein paar Programmteile zu verdichten. Insgesamt aber darf der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht wie in Polen, Tschechien und Großbritannien in Frage gestellt werden. Wir brauchen keinen Staatsfunk.

**Ed Koch**